

Gemeinden bleiben in Männerhand

Baselbiet | Frauenanteil dürfte sich durch Wahlen kaum verändern

74 von 257 Gemeinderatssitzen in 51 «Volksstimme»-Gemeinden sind derzeit von Frauen besetzt. Mit den Wahlen im Februar dürfte sich das nur geringfügig verändern. «Die Vorbilder fehlen», sagt Jana Wachtl, Leiterin der kantonalen Fachstelle für Gleichstellung.

Michèle Degen

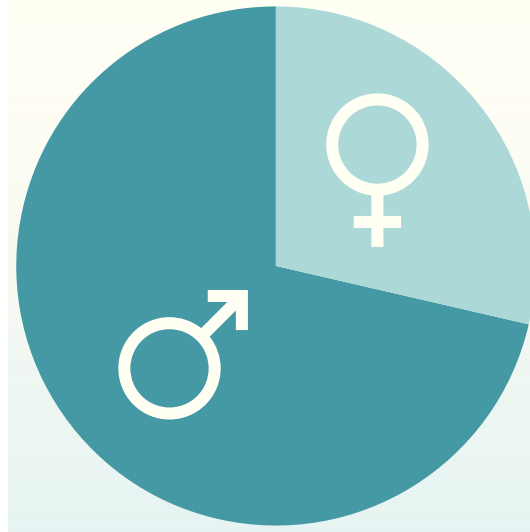
2019 war das Frauenwahljahr: Der Frauenanteil im Nationalrat stieg von 32 auf 41,5 Prozent, im Ständerat verdoppelte er sich von 13 auf 26 Prozent. Mit Maya Graf sitzt erstmals eine Frau fürs Baselbiet im Stöckli und von den sieben Baselbieter Nationalratsmitgliedern sind fünf weiblich. Der Trend widerspiegelt sich auch auf kantonaler Ebene. Mit 38,9 Prozent gibt es so viele weibliche Landratsmitglieder wie noch nie.

Dieser Trend scheint sich jedoch nicht bis auf die Ebene der Gemeinden durchzusetzen. In den Gemeindeexekutiven sind es noch immer deutlich mehr Männer, die ein Amt bekleiden. Und das wird sich – zumindest im «Volksstimme»-Gebiet – wohl auch mit den Wahlen vom 9. Februar nicht wesentlich ändern.

Bei total 257 zu vergebenden Sitzen in 51 Gemeinden sind derzeit 74 von Frauen besetzt. Das ist etwas mehr als jeder vierte. Bisher haben 48 amtierende Amtsträgerinnen und -träger bekannt gegeben, dass sie nicht für eine weitere Legislaturperiode kandidieren, darunter 12 Frauen. 18 der 44 neuen Kandidaturen wurden hingegen von Frauen eingereicht. Werden überall, wo es möglich ist, Frauen gewählt, könnten künftig maximal 77 Frauen in den Räten Einsitz nehmen. Weil es jedoch in mindestens sechs Gemeinden zu Kampfwahlen kommt, ist das nicht realistisch. Einen grossen Sprung nach vorne wird der Frauenanteil also vermutlich nicht machen.

Parteilpolitik beeinflusst Frauenanteil

Doch es gibt Gemeinden, in denen die Frauen nach den Wahlen neu in der Überzahl sein dürften. Bisher ist das in Hersberg, Kilchberg, Lampenberg, Liedertswil, Rümlingen und Tenniken der Fall. In Hersberg und Kilchberg könnte sich das Mitte Jahr ändern, denn in beiden Dreier-Gremien tritt jeweils eine Frau aus. In Hersberg fehlt bisher eine neue Kandidatur und in Kilchberg stellt sich neu ein Mann zur Verfügung. In Lupsingen, Maisprach, Ramlinsburg und Ziefen



Von 257 Sitzen sind derzeit 74 von Frauen besetzt. Das ist etwas mehr als ein Viertel. Grafik vs/dp.

könnten hingegen neue Frauenmehrheiten entstehen. Besonders ist die Lage in Ziefen: Bei insgesamt sieben Kandidaten und Kandidatinnen handelt es sich bei vier um Frauen. Drei davon stellen sich neu zur Verfügung.

In fünf Gemeinden werden derzeit alle Exekutiv-Sitze von Männern besetzt. Ändern könnte sich das, so wie es momentan aussieht, nur in Zunzgen, wo eine Frau kandidiert. Gelterkinden könnte hingegen zum reinen Männergremium mutieren: Durch den Rücktritt von Präsidentin Christine Mangold verliert der Rat seine einzige Frau. Neben den übrigen Bisherigen kandidieren zwei Männer und eine Frau. Wird diese nicht gewählt, wird Gelterkinden künftig von sieben Männern gelenkt.

Doch was hält Frauen davon ab, sich ebenso zahlreich wie Männer für Exekutiv-Ämter zu bewerben? Jana Wachtl, Leiterin der Fachstelle für Gleichberechtigung beim Kanton, sieht dafür mehrere Gründe: «Allgemein ist es für viele – insbesondere kleine – Gemeinden schwierig, Personen zu finden, die sich für den Gemeinderat zur Verfügung stellen», sagt sie. Ein weiterer Grund seien fehlende Vorbilder: «Wenn in den Gemeinderäten eine oder keine Frau sitzt, ist die Hürde grösser, sich als Frau für ein solches Amt zu melden.» Gemeinderatswahlen seien zudem Mehrheitswahlen, es würden also eher einzelne Persönlichkeiten gewählt. Die Kandidatinnen und Kandidaten müssten also auch über das eigene Parteilager hinaus Wähler mobilisieren. «Männer fühlen sich dabei tendenziell wohler als Frauen und konnten auf bereits bestehende po-

litische Netzwerke zurückgreifen», sagt Wachtl. In grösseren Gemeinden werde die Zunahme des Frauenanteils auch durch die Parteilpolitik beeinflusst, die meist auf ausgewogene Kandidaturen achte. In kleineren Gemeinden spielt diese jedoch keine grosse Rolle.

Frauen sollen sich austauschen

Weitere Gründe können die Initiantinnen des Sissacher Frauenstammtischs nennen. Der Stammtisch möchte Frauen aus der Gemeinde vernetzen und hatte sich vor rund zwei Jahren vorgenommen, bis zu den Gemeinderatswahlen mindestens eine Kandidatin aufzubauen. Gelungen ist das nicht. «Es gibt zahlreiche Gründe, wieso für die Sissacher Frauen eine Kandidatur nicht infrage kam», sagt Regina Werthmüller, Landrätin und Mitglied des Stammtischs, und spricht Erfahrungen an, die auch die anderen Mitglieder gemacht haben. Häufig bleibe keine Zeit und Energie neben Familie und/oder Beruf. «Hat eine Frau kleine Kinder zu betreuen, stehen diese zuoberst auf der Prioritätenliste. Für so ein Amt bleibt da nicht mehr viel Zeit.» Seien die Kinder dann grösser, wollen sich viele Frauen verstärkt aufs Berufsleben konzentrieren oder sie seien möglicherweise bereits vielseitig engagiert.

Hinzu komme, dass Frauen sich vielleicht weniger gerne exponieren. «Mit einem solchen Amt rückt man in die Öffentlichkeit», so Werthmüller, «hat man zusätzlich ein schwieriges Dossier, steht man doppelt im Interesse der Öffentlichkeit. Mein Eindruck ist, dass Männer das häufig besser wegstecken.» Ein weiterer Grund, dass viele – auch Männer – auf eine Kandidatur verzichten, ist, dass das Amt nicht sehr attraktiv sei, was die Entlohnung und Arbeitszeiten anbelangt. Für Werthmüller selbst kam eine Kandidatur nicht infrage. «Ich möchte mich auf mein Landratsamt konzentrieren und dort mein Bestes geben.»

Wichtig seien Vorbilder, sagt Jana Wachtl zur Frage, wie man mehr Frauen für eine Kandidatur gewinnen könnte. «Frauen in politischen Ämtern sollen sichtbar sein», sagt sie, «das zieht weitere Frauen nach.» Wichtig seien ausserdem Plattformen zur Vernetzung und zum Austausch mit erfahrenen Politikerinnen.

«Heterogen zusammengesetzte Gemeinderäte sind wichtig, damit sie die Bevölkerung in ihrer Vielfalt vertreten», sagt Wachtl. So könnten verschiedene Interessen und Prioritäten in die Lokalpolitik einfliessen, in der über viele im Alltag wichtige Themen verhandelt wird.